

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschriftkasten

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgebühren), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Beitzelle oder deren Raum berechnet

Vorratswirtschaft — eine Zukunftsforderung.

II. (Nachdruck verboten.) Eine ganz besondere Tragweite in Beziehung zu dem jetzigen Kriege hat später die Frage der Vorratsbeschaffung auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung. Bis zu welchem Grade die wirtschaftliche Isolierung Deutschlands sich gestalten kann, zeigt der gegenwärtige Krieg, der ja in bezug auf die militärischen Operationen wie auf die politischen und volkswirtschaftlichen Konsequenzen noch ständig an Ausdehnung zunimmt.

Der Begriff der Vorratswirtschaft ist für uns bis auf weiteres nahezu völlig ausgeschlossen; in allen durch den Krieg gezeigten Bedürfnissen und in unserer gesamten nationalen Erhaltung sind wir auf die Eigenwirtschaft angewiesen. Was das, abgesehen vom sonstigen wirtschaftlichen Leben, für unsere Ernährungswirtschaft bedeutet, können wir uns annähernd vorstellen, wenn wir daran denken, daß wir vor dem Kriege aus dem Auslande einen Nahrungsmittelzuschuß einführen, der sich auf viele Millionen von Tonnen belief. Auf das plötzliche Ausbleiben dieses Zuschusses, auf die völlige Einschränkung von allen Seiten waren wir nicht vorbereitet und das macht sich jetzt in unserer Lebenshaltung, in unserer gesamten Ernährungswirtschaft fühlbar. Wenn auch durch die Umformung unserer Haushaltswirtschaft und durch eine bedingte Steigerung der Eigenproduktion ein Teil dieses ausländischen Zuschusses entbehrlich wurde oder ersetzt werden konnte, so blieb doch ein Defizit bestehen, und die Tendenz der Preistreibererl ist dann ein überiges, um die Zustände auf dem Lebensmittelmarkt kritisch und unerquicklich zu gestalten. Im Verlaufe dieser Entwicklung trat dann die Frage in den Vordergrund, inwieweit es im Hinblick auf zukünftige Kriegsmöglichkeiten notwendig und möglich ist, das Prinzip der Vorratswirtschaft in unserer Volkswirtschaft zur Durchföhrung zu bringen.

Die Voraussetzung und Maß für alle Einrichtungen und Maßnahmen in dieser Frage wäre das Vorhandensein einer zuverlässigen landwirtschaftlichen Statistik. Neben die Bevölkerungsstatistik und den hieraus sich ergebenden Gesamtbedarf an Nahrungsmitteln haben wir zuverlässige Ermittlungen; aber es war beispielsweise bei der von der Regierung angeordneten Ausnahme des Kartellbestandes nicht möglich, mit annähernder Sicherheit festzustellen, wieviel Kartoffeln wie eigentlich im Lande hatten. Das unzulässige Ergebnis dieser Ermittlung, das eine in Wirklichkeit nicht vorhandene Kartoffelknappheit vorläufige, hat dann zu Maßnahmen geführt, die weitere unumgängliche Verschärfungen des Lebensmittelmarktes zur Folge hatten. Solche Irrtümer können in einer so außerordentlichen Situation, wie sie für Deutschland jetzt besteht, verhängnisvoll wirken.

Soweit es sich nun in der Lebensmittelversorgung um die Forderung der Vorratsbeschaffung handelt, muß in Betracht gezogen werden, daß die Vorratsökonomie im Hinblick auf das hier in Frage kommende Material sich von vornherein vor gewisse Grenzen gestellt sieht. Die Verderblichkeit der einzelnen Ware beeinträchtigt die Zeitdauer der Warenkapitelung. Aber wir werden in diesem Kriege manches gelernt haben, insbesondere auch auf dem Gebiete der Konfervierungstechnik. Doch auch in wirtschaftlicher Beziehung zieht die Frage der Vorratsbeschaffung weitere Konsequenzen, als es auf den ersten Blick erkennbar ist. Die Anfertigung großer Warenvorräte erfordert große Kapitalien, die sich unter Umständen nicht so löhend verhalten können, als wenn ein freier Warenmarkt die Auszahlung der Konjunktur gestattet. Im Hinblick auf das Risiko, das hier vom Privatkapital zugunsten der Allgemeinheit zu tragen wäre, ist nicht damit zu rechnen, daß die private Unternehmung die Anfertigung von Kriegsvorräten zum leitenden Wendepunkt erhebt. Die Vorratswirtschaft müßte eine Sorge des Staates sein, und wenn der jetzige Krieg beweisen hat, daß die Beschaffung von Lebensmittelvorräten für den Kriegsfall eine staatspolitische Notwendigkeit ist, so muß es hierfür eine zuständige und verantwortliche

Behörde geben. Hier dürfte sich ein umfangreiches Verwaltungsgeschäft aufbauen. Das unumgängliche theoretische Mißgeschick dieser Behörde wäre eine sichere Statistik. Hauptaufgaben wären die sichere Ermittlung des Verhältnisses zwischen Produktion und Konsum, die dauernde Ueberwachung des Marktgleichgewichtes, der Preisbildung, die kurzfristig zu wiederholende Kontrolle des Zugangs und Abgangs der Waren, der Einfuhr und Ausfuhr, und schließlich die aus dem wirtschaftlichen Gesamtzustand resultierende Garantie für das Vorhandensein eines Lebensmittelvorrates, der uns für eine bestimmte Zeitdauer von jeder ausländischen Unterstützung unabhängig macht.

Der gegenwärtige Krieg legt unserer Ernährungswirtschaft eine immerhin recht fühlbare Belastungsprobe auf. Wir könnten wohl kaum ohne schwere Krisen durchhalten, wenn wir unsere Lebenshaltung nicht erheblich eingeschränkt und uns manche Entsagung auferlegt hätten. Wenn die willkürliche Preissteigerung auch einen reichlichen Anteil an der Komplizierung der wirtschaftlichen Verhältnisse trägt, so ist die entstandene Teuerung und der Mangel an einzelnen wichtigen Nahrungs- und Futtermitteln doch zu einem großen Teil auf das Fehlen einer systematischen Vorratswirtschaft zurückzuführen. Die innere Entwicklung Deutschlands, der Bevölkerungszuwachs, die fortschreitende Industrialisierung, das schnelle Aufwachsen großer städtischer Gemeinwesen, unsere geographische Lage inmitten starker Nationen, das Uebergewicht Englands in der Beherrschung der See, das alles sind Faktoren, die im Hinblick auf Kriege, mit denen wir leider auch noch in Zukunft rechnen müssen, eine dauernde Gefahr für unsere Ernährungswirtschaft darstellen. Der jetzige Krieg hat in dieser Beziehung sehr eindringliche Lehren gelehrt, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Frage der Vorratswirtschaft eine der dringlichsten staatspolitischen Aufgaben der Zukunft sein muß. In einer bei Julius Springer, Berlin, erschienenen Broschüre „Vorratswirtschaft und Volkswirtschaft“ untersucht Dr. Hermann Levy, außerordentlicher Professor in Heidelberg, die bei dem hier behandelten Thema sich ergebenden Einzelfragen. Es sei aus dieser Schrift der folgende Satz angeführt:

Vor allem aber gilt es, das Folgende zu bedenken: Es liegt ein großer Unterschied darin, ob ein Land wie Deutschland, von einem plötzlichen Weltkriege überfallen, in der Stunde der Gefahr mit allen möglichen Mitteln versucht, einer eventuellen Notlage zu begegnen, oder ob es sich darum handelt, in Friedenszeiten Vorkehrungen für einen zukünftigen Kriegsfall zu treffen. Während im letzteren Falle fast jedes Mittel recht erscheint, das es ermöglicht, einen gegebenen Vorrat zu strecken, minder dringliche Betriebe lahmzuliegen, ohne Rücksicht auf die Kosten, den Vorrat durch neue, aber teure arbeitende Methoden zu steigern usw., kommen alle diese Möglichkeiten für den Fall einer im Frieden vorzubereitenden Vorratsvorsorge in viel geringerem Maße in Betracht.

Im Verlaufe seiner Untersuchung kommt der Verfasser, wo er die Frage der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung streift, wiederholt zu der Feststellung, daß es an einer planmäßigen Vorarbeit in dieser Beziehung bisher gefehlt hat. In bezug auf die Feststellung der vorhandenen Vorräte und die Berechnung des Friedens- und Kriegsverbrauchs sagt er, daß die primitiven Angaben nach dieser Richtung hin fehlen. Bei der Berechnung des Brotkonsums pro Kopf der Bevölkerung zeigte es sich, daß irgendwelche empirischen Angaben hierüber nicht erhältlich waren, und daß lediglich die theoretische Nation der Nahrungsphysiologen einen Anhaltspunkt bot, die naturgemäß auf soziale Unterschiede und dergleichen nicht Rücksicht nahm, sondern nur den „natürlichen“ Menschen betrachtete. Und weiterhin heißt es an einer anderen Stelle: „Das aber verdient hervorgehoben zu werden, daß diejenigen Maßnahmen, welche namentlich innerhalb der Kriegszeit getroffen wurden, gerade deshalb vielfach einen „sensationellen“ Charakter erhalten haben, weil alle Arbeiten und Gedankengänge, welche auf jene Maßnahmen hätten vorbereiten können, bislang gefehlt hatten. Außer wenigen sporadischen Auffäheren war so gut wie nichts über die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung Deutschlands geschrieben worden. Um so einschneidender

mußte nun die Notwendigkeit erscheinen, unter der jetzt alles Unvorbereitete durchgeführt werden sollte.“

Das Merkmal des Unvorbereitens trat allerdings in diesem Kriege auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft stark in die Erscheinung, und die Reifung für die Zukunft ergibt sich hieraus von selbst. Die Frage der Vorratswirtschaft ist stark in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung getreten. Diese Tatsache beweist, daß der Krieg hier ein Zeitproblem enthält hat, das der zukünftigen Lösung harret. In sachlicher Beziehung und bei der Erörterung der vielfachen technischen Einzelfragen, die sich hier ergeben, gehen die Meinungen noch stark auseinander, und es fehlt nicht an Stimmen, die in der weitgehenden staatlichen Monopolisierung der Produktion den Weg zum Ziel erblicken. Hier wird eine ruhigere Friedenszeit noch manches klären müssen; aber diese Arbeit ist eine der großen Zukunftsforderungen, die der Krieg gezeitigt hat. E. Sch.

Der Arbeitsmarkt nach dem Kriege.

II. Ein besonderes Kapitel, das uns noch sehr viele Schwierigkeiten bereiten wird, ist die Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung für kriegsbeschädigte Arbeiter. Es werden sicherlich weit über eine Million Krieger nach Friedensschluß aus dem Felde heimkehren, die an ihrer Gesundheit oder an ihren gesunden Gliedmaßen Schaden gelitten haben. Für diese Volksgenossen ausreichend und dauernd zu sorgen, ist für uns eine Ehrenpflicht und eine Pflicht der Dankbarkeit, die auch allgemein anerkannt wird. Dem modernen Empfinden widerstrebt es, diese Vaterlandsverteidiger mit einer erbärmlichen Unterstützung abzuspeisen und sie vielleicht mit einer Drehorgel auf der Straße zu schänden, wie dies in früheren Zeiten Brauch war. Heute halten wir es für selbstverständlich, daß der Staat den durch den Krieg geschädigten Volksgenossen eine anständige Rente zahlt, muß auch die dafür erforderliche Geldsumme herkommen, woher sie wolle.

Aber damit ist die Sache noch lange nicht erledigt; denn es erwacht uns aus volkswirtschaftlichen Gründen die Aufgabe, die kriegsbeschädigten wieder in unser Wirtschaftsleben einzugliedern und ihre, wenn auch verminderte Arbeitsfähigkeit für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Wir haben alle Ursache, nachdem wir so viele kräftige, arbeitsfähige Menschen durch den Krieg verloren haben, mit der noch vorhandenen Arbeitskraft hausälterlich umzugehen und auch die kriegsbeschädigten zu einer produktiven Tätigkeit heranzuziehen, anstatt zuzugeben, daß sie ihre Kraft in unproduktiver Arbeit verzeitlein. Nebenbei liegt es auch im eigenen Interesse der Betreffenden selbst, daß sie wieder in eine geordnete Beschäftigung hineinkommen und darin ihre Befriedigung finden, damit sie sich nicht mehr als überflüssige, von Almosen lebende „Staatskrüppel“ fügen, sondern als wertvolle Mitarbeiter. Das ersehnte Bewußtsein, trotz schwerer Verletzung doch noch ein brauchbares, nütliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu sein, wird ihnen Willen stiften, ihre Arbeitsfreudigkeit erheben und ihre Selbstgefähigkeit steigern. Daher haben sie selbst, und wir alle natürlich auch, ein lebhaftes Interesse daran, daß für die kriegsbeschädigten eine passende Arbeitsgelegenheit gefunden wird, in der sie sich wohlfühlen und anständig entlohnt werden.

Auf die einfachste Weise wird sich diese Aufgabe dort lösen lassen, wo es möglich ist, die kriegsbeschädigten wieder in ihrem früheren Beruf, vielleicht gar auf der bisherigen Arbeitsstelle unterzubringen. Schwieriger liegt die Sache schon, wenn die Verletzungen derartig sind, daß sie eine Ausübung der früheren Tätigkeit unmöglich machen. Dann gilt es, die Verletzten durch Beschaffung künstlicher Gliedmaßen und durch gründliche Ausbildung



und Schulung für einen neuen Beruf vorzubereiten. In dieser Beziehung wird heutzutage bekanntlich sehr viel geleistet, und bei gutem Willen beiderseits wird es gelingen, großartige schwerverletzte Arbeiter in Betrieben unterzubringen, wo sie ihren Fähigkeiten entsprechend Beschäftigung finden. Eine sorgfältige Berufsberatung und eine sorgfältige Arbeitsvermittlung muß hier unterstützend eingreifen. Selbstverständlich müssen diese Arbeiter schonend behandelt und vor Unfällen möglichst geschützt werden. Die Unternehmer und Betriebsleiter haben die Pflicht, auf den Zustand der Betroffenen Rücksicht zu nehmen, und daß die Kollegen ihnen jegliche Förderung und Unterstützung angeheißeln lassen, braucht wohl nicht erst noch besonders erwähnt zu werden.

Von besonderer Wichtigkeit ist es aber, daß das Unternehmertum verhindert wird, die Arbeiter mit vermindelter Leistung- und Erwerbsfähigkeit zum Schaden der vollvermögensfähigen Kameraden als Lohnrücker und Schmutzkonkurrenten zu mißbrauchen. Gerade in dieser Beziehung haben die Gewerkschaften alle Ursache, die Augen offen zu halten und Vorbeuge zu treffen, damit nicht die Internernehmer unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit und des Patriotismus die Kriegsverletzten Arbeiter bezugenen, weil sie billiger arbeiten und weniger Widerstandskraft besitzen. Die Fürsorge für die Kriegsverletzten darf nicht dazu dienen, die Lage der gesunden Arbeiter zu verschlechtern und ihren Kampf um eine bessere Lebenshaltung zu erschweren. Darum darf es den Internernehmern nicht gestattet sein, die gesagte Mente auf den Kopf des betreffenden Arbeiters aufzusetzen, der Sohn muß vielmehr der Leistung voll entsprechen und bei steigender Leistung steigen. In streitigen Fällen muß eine unparteiische Schlichtungskommission die Gasse regeln. Ingeheißel darf natürlich auch der Staat eine gesteigerte Erwerbsfähigkeit eines Kriegsverletzten nicht dazu erlauben, um die Mente zu kürzen. Dies wäre das Verhängnisvolle, was er tun könnte; denn dadurch würde der Arbeitsmarkt für gesunden Menschen geschwächt und es würde eine sogenannte Mentenschwäche um sich greifen, die bei der Unfallversicherung unter dem System der Rentenquoten so viel Anfecht angereizt hat. Wollte man bei steigender Leistungsfähigkeit die Mente kürzen oder gar ganz weglassen lassen, so wäre das nicht nur ein Unrecht gegen den Mann, der sich fürs Vaterland geopfert hat, sondern es wäre auch aus volkswirtschaftlichen Gründen zu verurteilen. Die Mente soll eine Entschädigung sein für ausgestandene Schmerzen und dauernde Unannehmlichkeiten sowie eine Anerkennung für geleistete Dienste, sie soll aber auch gleichzeitig ein Ansporn sein für den Verletzten, seine Arbeitsleistung zu steigern und dadurch sich und seiner Familie größere wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen.

Grundsätzlich haben die verschiedenen Regierungen bereits bindende Zusicherungen gegeben, daß von einer Kürzung der Mente bei steigender Leistungsfähigkeit keine Rede sein könne und verschiedene Arbeitgeberorganisationen haben bereits mit den betreffenden Gewerkschaften dahingehende Vereinbarungen getroffen, daß die Höhe unter Nichtberücksichtigung der Mente lediglich nach der Leistungsfähigkeit geregelt werden sollen. Dennoch

aber wäre eine allzu große Vertrauensstufe nicht am Platze; denn es steht zu befürchten, daß in kurzer Zeit, wenn die Kriegsbegeisterung verblaßt sein wird, das Staats- und Internernehmerinteresse gegenüber der Arbeiterinteresse in den Vordergrund treten wird. Darum ist dringend zu wünschen, daß sich unsere Kollegen in den einzelnen Orten mit dieser Frage gründlich beschäftigen. Hier bietet sich ein Feld praktischer Tätigkeit, auf dem jeder Gewerkschafter, der es mit sich und seinen Kollegen gut meint, mitarbeiten kann und soll. Es ist eine schwierige Aufgabe, die wir nach dem Kriege zu lösen haben, aber sie muß gelöst werden, wenn unser Wirtschaftslieben nicht unheilbaren Schäden erelden soll.

Die „Soziale Praxis“ über die Tarif-erneuerung im Baugewerbe.

Der Ablauf der Tarifverträge im Baugewerbe und in seinen Nebengewerben ist nicht nur für die beteiligten Arbeiter und Internernehmer von großer Bedeutung, sondern die ganze deutsche Volkswirtschaft wird davon berührt. Es ist deshalb begründet, daß sich die Öffentlichkeit mehr oder weniger ausführlich damit beschäftigt. Die „Soziale Praxis“ brachte in ihren beiden letzten Nummern des letzten Jahres zwei längere Artikel über diese Frage aus der Feder des Professors Dr. Waldemar Zimmermann. Aus denen wir hier einiges anführen möchten. Professor Zimmermann sieht die bevorstehenden Tarifbewegungen als eine Probe auf den Bug an. Er berechnet, daß in diesem Jahre fast die Hälfte aller bestehenden Tarifverträge in Deutschland ablaufen, nämlich 5333 für 92 500 Betriebe mit 800 000 Arbeitern. Die Erneuerung dieser Verträge werde infolge der wässigen Verschärfung der Geschäfts- und Arbeitsmarktbedingungen durch den Krieg, der tiefgreifenden Teuerungseinflüsse und der Unübersichtlichkeit der künftigen Wirtschaftsentwicklung weit schwieriger sein als sonst. Deshalb erhebe sich die Frage, ob eine Erneuerung der Verträge in der bisherigen Weise auf längere Zeit ohne Sonjunkturvorbehalte und ohne Vollmacht für die Tarifabschluss, nach Art gleichender Vorschriften eine bestmögliche Anpassung an die Teuerung- und Geschäftslage vorzunehmen, erstlich ins Auge gefaßt werden könne, oder ob nicht vielmehr die großen Erneuerungseinscheidungen bis nach dem Kriege verlagert und vorläufig nur kurzfristige Verlängerungen der bestehenden Tarifverträge (unter Aufsicht einer befristeten Teuerungsausschuss und etwaiger Vorkontrolle der durch die Kriegswirtschaft benötigten Arbeitskräfte und Lebensunterhalt) vereinbart werden sollten. Es komme hinzu, daß oft gerade die hervorragendsten Tarifvertragskämpfer und -kämpfer einzelner Gewerbe jenseit von der Arbeiterseite wie von der Arbeitgeberseite im Felde stehen und ihre Sachkunde und Verhandlungsgewandtheit vielfach höher vermehrt werden würde.

Professor Zimmermann hebt dann rühmend hervor, daß bereits mehrere wohlhabendere Tarifgewerbe, deren Verträge im Jahre 1915 abließen, diesen Ausweg gewählt hätten, indem sie die Verträge mit einigen kriegswichtigen notwendigen Zusätzen und Zusätzen um ein weiteres Jahr oder bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nach Friedensschluß verlängerten. Er bezweifelt aber nach den vorliegenden „Angaben“, ob dieses Verfahren bei den bedeutendsten Tarifverneuerungen in diesem Jahre überall befolgt werde. Nachdem er die Gefahren geschildert hat, die sich beim

Tarifablauf im Holzgewerbe im Jahre 1917 ergeben können

führt er über die Lage im Baugewerbe folgendes aus:

„Draußen im Holzgewerbe bei der Tarifvertragserneuerung erst in künftigen Jahren logische Kampfgeschehen, im Baugewerbe bereits über die jetzt bestehenden Tarifvertragserneuerung schwere schwarze Wolke. Im Baugewerbe handelt es sich um eine ziemlich hoch zusammengelegte lange Reihe von Verträgen für die verschiedenen Arbeitergruppen und Nebengewerbe und um mehrere große Reichsstariftverträge. In demselben Gewerbe, das Dachdecker- und das Klempnergewerbe; unter schweren Kämpfen feinerzeit aufzude gekommen Reichsstariftvertrag für das Malergewerbe schließt bereit am 15. Februar 1916 ab. In dem mit dem Baugewerbe verbundenen Steinleher- und Plasterergewerbe ist sogar wie bereits oben mitgeteilt, schon am 31. Dezember 1915 der Tarif fällig, noch letzten die im reichsweitwichtigsten, Plasterergewerbe angeknüpften Erneuerungseinscheidungen einen guten Ausgang eroffen — in Gänze zum Beispiel der alte Vertrag mit 15 vom Hundert Teuerungszugang bis auf sechs Monate nach Friedensschluß verlängert worden; reichlich machen verschiedene andere Reichsgruppen ihre endgültige Entschädigung über Teuerungszugang von der für das ganze Reichsgewerbe maßgebend Entscheidung des Reichsverbandes für das Steinleher-Plasterer- und Straßenbauergewerbe vorerst noch abhängig. Im engeren Baugewerbe selbst aber steht es in der letzten Bauarbeiter wieder mehr zu Ehren gekommen ist als in Friedenszeiten. Die in verschiedenen Bauern gegründeten Arbeitsgemeinschaften haben mit allen ihre Kundgebungen an Behörden und Tribunal das Baugewerbe nicht sehr zu beleben und die Lage der Meister, und allem die der Arbeiter, nicht wesentlich zu geben vermocht. In mancher Bauunternehmer, der über gute Kriegsgewinne verfügt und zu Betriebsveränderungen schreitet, macht sich die Verärgerung des Baugewerbes zumutend durch Einholung billiger Angebote die Preise drücken. Das führt dann leicht weiter zu Lohnkürzungen, um Teuerungszugang zu erlangen. Der Grund: Zimmerer (sehen meist besser da) und so oftener oder mehr qualifizierten Tarifvertragskämpfern. Und das in einer Zeit, die Arbeiterseite unter schwerster Teuerung leidet.“

Zum Ausgleich für die Teuerung haben die Arbeiter bereits seit Monaten Schritte bei den Arbeitgeberseite getan, um Teuerungszugang zu erlangen. Der Grund: Zimmerer (sehen meist besser da) und so oftener oder mehr qualifizierten Tarifvertragskämpfern. Und das in einer Zeit, die Arbeiterseite unter schwerster Teuerung leidet. Zum Ausgleich für die Teuerung haben die Arbeiter bereits seit Monaten Schritte bei den Arbeitgeberseite getan, um Teuerungszugang zu erlangen. Der Grund: Zimmerer (sehen meist besser da) und so oftener oder mehr qualifizierten Tarifvertragskämpfern. Und das in einer Zeit, die Arbeiterseite unter schwerster Teuerung leidet.

Deutsches Kunstgewerbe und Bau-schaffen nach dem Kriege.

Wohl nur wenige andere Gewerbe sind so vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden wie das Baugewerbe und die Kunstproduktion. Das Baugewerbe, soweit es nicht im Dienst des Krieges steht, ruht fast vollständig, und für die Produkte des Kunstgewerbes ist während des Krieges nur geringer Bedarf. Es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß diese Gewerbe nach dem Kriege um so mehr in Anspruch genommen werden, je weniger sie während des Krieges zu tun haben. Die Vermehrung der Bevölkerung nimmt trotz aller Verluste auch während des Krieges zu; die Zahl der Ehegeschickungen ist erfahrungsgemäß nach einem Kriege größer als zu irgendeiner anderen Zeit, und mit der Zahl der Ehen steigt die Nachfrage nach Wohnungen und nach all dem, was zur Ausstattung von Wohnungen gehört. Berücksichtigt man dazu noch, daß in vielen Orten schon vor dem Kriege eine schismatische Wohnungsmangel herrschte, berücksichtigt man ferner die Zerstörungen hauswirtschaftlicher und baugewerblicher Werte in den Grenzgebieten sowie den Bedarf an Kunstwerken zur Ergänzung der Gefallen und der Kriegsteilnehmer, so ergibt sich die hohe Wahrscheinlichkeit, daß das Bau- und Kunstgewerbe nach dem Kriege sehr stark in Anspruch genommen werden wird. Und es ergibt sich daraus weiter die Notwendigkeit, das zukünftige Bau- und Kunstschaffen heute schon zweckentsprechend zu organisieren und zu verbinden, daß Kunst und Schund an Stelle von Kunst und gediegener Arbeit treten.

Aber diese Dinge sprach kürzlich im Kunstgewerbeverein zu Hamburg Dr.-Ing. Gehlmer Regierungsrat Hermann Mühlhölzer aus Berlin, der wohl berufen ist, auf diesem wichtigen Gebiete einige Anregungen zu geben. Eine Zeit — so führte Mühlhölzer nach dem „Damburger Echo“ aus —, wo die Gesamtheit eines Volkes in

hartem Kampfe um seine Existenz ringt, ist zur Förderung der Kunstproduktion nicht geeignet. Das Schaffen in Architektur und Kunstgewerbe stottert, und auf den Kriegsschauplätzen, wo das Baugewerbe stark in Anspruch genommen ist, ist von Kunst keine Rede. Was von der heimischen Kunstindustrie während des Krieges im hundertprozentigen Mangel an Kriegsmaterialien usw. geschöpft worden ist, ist vielfach Miß- und Mittelmäßiges. Es wäre gut, wenn für die voraussichtlich starke Inanspruchnahme des Bau- und Kunstgewerbes nach dem Kriege schon jetzt ein Generalaufstellungsplan aufgestellt werden könnte. Es würde dann eine Überlieferung mit all ihren Schäden vermieden. Wir leben aber heute unserer Zukunft erst in großen Unwissen, darum lassen sich jetzt nur einige Anregungen im Großen geben.

Die Aufgaben der Kunst und des Kunstgewerbes werden sich nach dem Krieg in erster Linie auf das im Krieg Zerstückelte, auf das Nachholende des durch den Krieg Vernachlässigten und auf die Schaffung von Denkmalen und Ehrengedächtnissen erstrecken. Daneben werden die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zustände Deutschlands nach dem Kriege Bauaufgaben der verschiedenen Gebiete betreffen. Was den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete betrifft, so sind dazu in Deutschland die Vorkararbeiten bereits in vollem Gange. Die dort zu leistende Aufgabe ist gewaltig. 800 000 Bauarbeiter sind gefordert, ihr Wiederaufbau voll ohne die Inanspruchnahme 300 Millionen Mark kosten. Es ist erfreulich, daß zum Wiederaufbau tüchtige Architekten herangezogen und daß die Gebietsverträge des Heimatlandes und des neueren Städtebaues berücksichtigt werden. Schwierig sein wird die Beschaffung guter und gediegenerer Möbel. Hier ist dem Treiben der Abgabungsgeheißel und der Einführung minderwertigen Schundes entgegenzuwirken. Eine Reihe Aufstellungen finden auf diesem Gebiete Berücksichtigung zu werden und der Einführung von minderwertigen den Weg zu verstopfen.

Dem Eliaß, dessen beschädigte Ortsgelände zurzeit noch im Operationsgebiete des Feldheeres liegen, wechsellösliche Wiederaufbau nach nicht getroffen sein werden die Erfahrungen in Sprengungen zugute kommen

Anschließend an die Erörterung der Bauaufgaben des deutschen Grenzgebietes wies Herr Mühlhölzer auf die großen Bauaufgaben in den außerdeutschen Ländern hin. In Österreich, Polen, Litauen usw. muß das durch den Krieg zerstörte wieder erneuert werden. Die Besten für diese Zwecke werden in die Mittelstaaten gehen. Diese Bauaufgaben müssen unmittelbar nach dem Kriege in Angriff genommen werden.

Aber mit der Wiederherstellung dessen, was durch den Krieg zerstört worden ist, sind die Aufgaben des Bau- und Kunstgewerbes nicht erschöpft. Seit Ausbruch des Krieges ist der Wohnungsmangel in Deutschland außerordentlich gewachsen. Deutschland hat eine jährliche Bevölkerungszunahme von 800-900 000 Köpfen. Für nur 200 000 Familien müssen alljährlich neue Wohnungen geschaffen werden. Da die Wohnungsbauteiligkeit seit anderthalb Jahren fast vollständig ruht, so ist mit einem Ausfall von mindestens 300 000 Wohnungen zu rechnen. Dazu kommt noch die Abgang alter und unbrauchbar gewordener Wohnungen. Dieser Ausfall wird durch die Kriegsverluste nicht im entferntesten ausgeglichen; denn auch die Familien der Gefallenen müssen in der Regel Wohnungen haben. Wenn eine Wölkung eintritt, so weniger in der Zahl als in der Art der Wohnungen, da viele Familien ledig von größeren in kleinere Wohnungen überfiedeln. Dies vor dem Kriege waren 85 pZt. der Wohnungen Mietwohnungen. Diese Zahl wird sich nach dem Kriege nur erhöhen. Was nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen worden ist, mit der Gefahr einer Kleinwohnungsnot und mit fast jeder Art von Teuerungszugang zu rechnen. Der Redner erinnerte hier an die Zustände in Berlin, wo nach einem Polizeibericht am 1. Oktober

Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat November 1915.

Table with 10 columns: Landesteile, Mitglieder am Schluß des Monats, Im Laufe des Monats arbeitslos gemeldet, Arbeitslose im Monat. Rows include Ostpreußen, Westpreußen und Posen, Hannover, Schlesien, etc.

Table with 10 columns: Landesteile, Arbeitslos erlitten, Im letzten Werktag des Monats arbeitslos, Arbeitslos im laufenden Monat waren, Es waren vorher ununterbrochen arbeitslos, Arbeitslosentzug. Rows include Ostpreußen, Westpreußen und Posen, Hannover, Schlesien, etc.

Im November erfolgte die Statistik 851 Zweigvereine mit 88 744 Mitgliedern. Unter diesen mehren sich 5126 Arbeitslose = 6,1 pzt., am Monatsschluß blieben 3886 Mitglieder = 4,0 pzt. arbeitslos.

Im Monat zuvor. Von 5324 Mitgliedern waren in der letzten Woche 408 arbeitslos = 7,7 pzt., gegenüber 136 Arbeitslosen = 2,6 pzt. von 5324 Mitgliedern.

297 Arbeitslose = 15,5 (8,4) pzt. Fast eben so groß war die Arbeitslosigkeit bei den Fliesenlegern, nämlich 82 Arbeitslose = 15,0 (10,3) pzt. unter 548 Beteiligten.

Berichte.

Cassel. (Nachresbericht.) Ein volles Jahr Weltkrieg ist wiederum dahin. Wir merken seinen Einfluß am Danieberliegen der geschäftlichen Tätigkeit und der Agitation, vor allen Dingen aber daran, daß immer mehr Kollegen zum Militärdienst eingezogen wurden.

Auf die 5126 arbeitslos gemeldeten Mitglieder entfielen 40 475 Arbeitslosentzüge oder auf einen Arbeitslosen durchschnittlich 7,9 Tage; im Oktober 10,5 Tage. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist somit um 2,6 Tage gesunken.

Table with 10 columns: Monat, Erstmalig arbeitslos, Arbeitslos waren, Arbeitslosentzüge entlassen. Rows include Novbr., Dezbr., Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, Novbr.

Verhältnismäßig am härtesten waren die Stukkateure von Arbeitslosigkeit betroffen. Unter 1919 Beteiligten hatten sie

müßten dann die ältesten Kollegen in die Briefe springen. Unsere Kassenverhältnisse waren so, daß der Zweigverein noch über 7000 an die Rentenkasse abliefern konnte. Die zweimalige Zahlung einer Unterstützung an die Familien der zum Kriege eingezogenen Kollegen betrafte eine Ausgabe von 16 026. Die Kassenkasse zahlte aus ihren Mitteln zu Ostern eine Unterstützung an die Kriegsveteranen, was eine Ausgabe von 6754 verursachte. Im diese Summe ist auch der Bestand der Kassenkasse im Jahre 1915 am Jahresende 1914 M 31 602,38, am Schluß des Jahres 1915 M 25 387,35. So hat sich durch die Arbeitsverhältnisse begünstigt, unser Zweigverein in dieser Kriegszeit bis jetzt gehalten. Wir wollen hoffen, daß nach dem Krieg bald wieder eine neue Zeit der fröhlichen Genesung eintreten mag.

Gera. Der Zweigverein hielt am 16. Januar seine Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht, den der Kassierer gab, war zu entnehmen, daß in unserem Zweigverein nur eine geringe Bautätigkeit war. In den zwei ersten Monaten des Berichtsjahres gab es im Durchschnitt 230 Arbeitstage. Erst im Laufe des Frühjahrjahres wurde die Bautätigkeit etwas besser, aber auch dann konnten nicht alle Kollegen an Orte Arbeit erhalten, so daß eine größere Anzahl auswärts arbeiten mußte. In größeren Stützpunkten ist es nicht gelungen, jedoch mußten in verschiedenen Fällen die in bezug auf den Bauarbeiten und die tarifliche Bestimmung eingetretenen Unbehagen beseitigt werden. Anfälle wurden im Laufe des Jahres sechs gemeldet, davon zwei schwerer Natur. Die Betriebsabfertigung war nicht gut, weil alle Kollegen unter dem Druck der Verhältnisse und der mangelhaften Heizung zu leiden hatten. Aus diesem Grunde hat mancher Kollege das Weitausgehen gleichgültig vernachlässigt und mußte am Schluß des Jahres wegen Schulden gestrichen werden. Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahresende 458. Die Kassenkasse schloß im vierten Quartal mit einem Kassenbestand von M 12 659 ab. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug M 8111, die Jahreserinnung der Kassenkasse M 18 249, die Ausgabe M 5589. Von den Ausgaben entfielen auf Kriegsunterstützung M 8900, Notstandsunterstützung M 4398, Arbeitslosenunterstützung M 534, Krankenunterstützung M 475, Sterbeunterstützung M 968. Auf Antrag wurde dem stellvertretenden Kassierer Entlohnung erteilt. Nach Erledigung der Ergänzungsaufgaben sowie Ausschluß von zwei Kollegen und einer wegen Aussprache unter Berücksichtigung der Kasse Frech aus dem Bericht über die bevorstehenden Verhandlungen zum Neuabschluss des Tarifvertrages. Die Versammlung war mit den in die Wege geleiteten Maßnahmen einverstanden und gab ihre Zustimmung durch Annahme einer Resolution.

Kronach. (Jahresbericht.) In der am 16. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab Kollege Schönlein den Kassenbericht, aus dem hervorgeht, daß in diesem Jahre das Organisationswesen in Mitleidenschaft. Auch der Zweigverein Kronach blieb von den Wirrungen des Krieges nicht verschont. In dem Heinen Zweigverein wurden 1914 25 Kollegen und 1915 22 Kollegen einberufen, also zusammen 47. Die Kationen hat dafür keinen Erfolg geschaffen. Durch Warten auf Verhandlungen zum Neuabschluss des Tarifvertrages konnten zwar elf Aufnahmen gemacht werden, von den Aufgenommenen mußten aber im Laufe des Jahres acht wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Die Bautätigkeit war, wenn man die allgemeinen Verhältnisse des Kriegsjahres berücksichtigt, sehr gut. Trotzdem war möglich, alle Kollegen das Jahr hindurch immer und voll zu beschäftigen. In den zwölf Monaten des Jahres haben sich 55 Kollegen arbeitslos und ein Kollege hat sich krank gemeldet. Diese 56 Kollegen waren 138 Wochen und einen Tag oder 1182 Tage arbeitslos und krank. 31 Kollegen haben Notstands- 4 Arbeitslosen- und Kollege hat Krankenunterstützung für insgesamt 137 Wochen oder für 842 Tage bezogen. Die Ausgabe für die genannten Unterstützungsarten betrug M 301,25. Die höchste Mitgliederzahl 32. Beitragszahlen wurden 312 abgegeben; das sind auf ein Mitglied 30 bis 40 Stüd. 20 Kollegen haben 165 Freimarzen geleistet; das sind im Durchschnitt 3,5 Freimarzen. Die Beiträge des Zweigvereins wurden in 23 Bezirksabteilungen und in 8 Mitgliederabteilungen erledigt. Besucht waren die Versammlungen alle vollständig. Besucht waren die Versammlungen alle vollständig. Die Erfolglosigkeit der Agitation ist in der Hauptfrage auf die Kriegszeit zurückzuführen; von den noch nicht organisierten Berufscollegen will sehr keiner für Verhandlungen etwas ausgehen. Aber wenn es sich die Kollegen in den einzelnen Zahlstellenarten und Nebenarten angehen sein ließen, könnten sie trotz des Krieges manden Kollegen für die Organisation gewinnen. Agitationsstoff gibt es inülle und Fülle; das wissen alle Kollegen, die ihren „Grundstein“ mit Eifer gelesen haben. Es sei nur an das Verhalten vieler Unternehmern nach Ausbruch des Krieges, an die Ablehnung von Zeugnissen, an den Lebensmittelpreis, an die Verhältnisse, an die Agitationen in Kronach und Umgebung die prächtigsten Stellen weisen. Endlich gibt der Zweigverein selbst das herrliche und beste, was Jahre hinaus verwendet werden kann, nämlich die gestifteten Unterstützungen unseres Verbandes an seine Mitglieder. Bei diesen Unterstützungen sind diejenigen Mitglieder des Zweigvereins, die ihre Beiträge geleistet und ihre Pflichten erfüllt hatten, nicht zu kurz gekommen. Seit Kriegsbeginn wurden nämlich im Zweigverein für Unterhaltungen verausgabt: für Notstandsunterstützung M 1445,36, für Unterstützung an die Kriegsveteranen M 1232, für Arbeitslosenunterstützung M 108,00. Das ergibt eine Summe von M 2834,15. Zu diesen Unterhaltungen mußten uns aus der Hauptkasse Zuschüsse von insgesamt M 1900 zugeandt werden; die letzteren Einnahmen ergaben nur 594,15. Wuß es mit geringen, neue Mitglieder zu gewinnen? Bemerkenswert werden verdient ferner, daß die dem Gewerkschaftsamt zugehörigen Zahlstellen der verschiedenen Berufsorganisationen von 1. August 1914 bis 1. August 1915 M 36 509,49 für Unterhaltungen aller Art verausgabt haben. Der Berichterstatter freilichste dazu die oft leichtsinnige Sättigung der Beiträge und das mangelhafte An-

streichen der geleisteten Beiträge im Stillschleppbereich. Auch das Abrechnen der Stillschleppbeiträge wird, besonders bei den Duropatlententlohnungen, immer zu lange hinausgeschoben. Die Arbeitslosenmeldungen und besonders die Krankenmeldungen erfolgen nicht immer in der statistisch vorgeschriebenen Weise. Im späteren Verlauf vom Jahre zurückbleibenden Kollegen betrieblidh Pflichten ablegen zu können, ist es notwendig, daß alle Kollegen des Zweigvereins mitwirken, daß in allen geschiederten Punkten im Laufe des Jahres 1916 eine durchgreifende Bewegung eintritt. — Aus der Jahresabrechnung ist hervorzuheben: Die Jahreserinnung und Ausgabe der Hauptkasse betrug M 1413,76. Für die Ausgabenunterstützung M 5,90 verausgabt und verausgabt worden. Von der Ausgabe der Hauptkasse im Berichtsjahr wurden M 289,20 nach Gera und M 233,25 für Unterhaltungen an die Kriegsveteranen M 733, für Sterbeunterstützung M 90, für Arbeitslosenunterstützung M 374, für Krankenunterstützung M 10,80 ausgegeben. Die Einnahmen der Kassenkasse betragen M 804,33, die Ausgaben M 231,09, bleibt Kassenbestand M 70,95. — Zum Vorstehenden wurde Kollege Wauerzahn und zum Kassierer Kollege Schönlein wiedergewählt. Im Hinblick auf den Bericht sprach Kollege Weitzel noch über den Stand der Kriegsunterstützung und die bevorstehende Wartenunterstützung. Wir möchten wünschen, daß sich unsere Mitglieder die im vorstehenden Bericht gegebenen Zahlen und Ermahnungen tief einprägen und danach handeln.

Gipser und Stukaturer.

Die Arbeitsverhältnisse bei den Duropatlententlohnungen. In unsern Mitteilungen in der Nr. 1 des „Grundstein“ landte uns die Firma „Norddeutsches Duropatlententlohnwerk“ ein Schreiben, das wir in nachfolgenden Zeilen zur allgemeinen Kenntnis bringen. Wir bitten unsere Kollegen darum, den Inhalt des Briefes in der Nr. 1 mit der Berichtigung zu vergleichen, sie werden dann ebenfalls sehr erlautet sein. Die Firma schreibt:

„Wir gelangen in dem Brief der Nr. 1 Ihres Blattes vom 1. Januar 1916, enthaltend einen Artikel mit der Überschrift: „Gipser und Stukaturer. Die Arbeitsverhältnisse bei den Duropatlententlohnwerken“ auf diesen Artikel wurde unsere Aufmerksamkeit durch Kollegen Ihres Gewerkschaftsmannes, die darüber entrichtelt sind, daß sich große Unruhe und entstellte Behauptungen den Weg in Ihr Werk verbreiteten. Wir sind sehr dankbar, daß auch Ihnen nur daran gelegen sein kann, die Verhältnisse nachrichtig zu schildern, teilen wir Ihnen folgendes mit: Tatsächlich arbeiten unsere heimischen Monteur unter gleichen Lohnbedingungen. Ein Unterschied im Verdienste der einzelnen Monteur kann sich nur aus der Höhe der erzielten Auftragsüberschüsse, also nach Maß und Fähigkeit, ergeben. Der Auftragspreis von M 1,20 bis M 1,80 pro Quadratmeter Duropatlententlohnwerk ist und Umfang der betreffenden Aufträge ist verschiedenartig. Die erforderliche große Fachwissen und Fertigkeit unserer Monteur kann zum Einkaufspreis, zahlen aber den gleichen Betrag bei Abtritt des Monteurs gegen Rückgabe der Säge zurück. Für Antizität und Entlohnungsleistungen zahlen wir außer einer festen Gehalts- und Gewerkschaftsbeitrag freiwillig Beiträge in angemessener Höhe. Für die Unterhaltung einer Einzelstelle gar ändern werden die Meisterlöhne von 80 % pro Stunde etwa beträgt. Für Holzschichten sind die Einzelarbeiten von drei Stunden durchaus angemessen, in den meisten Fällen in denen überwiegen unsere Aufträge halbtägigen, meist sogar eine halbe Tag vollenden genügt. Für Gepädransport auf der Bahn zahlen wir M 2, das heißt den Höchstlohn für 20 kg Gepädransport innerhalb ganz Deutschlands, außerdem extra den Transport von der Bahn zur Baustelle beziehungsweise Wohnung. Ein Transport zu den Baustellenkosten stellen wir unserer Monteur zu. Unsere Monteur haben Anspruch auf eine Arbeitszeit von zehn Stunden. Die längere Arbeitszeit wird im allgemeinen von unseren Monteur gewünscht, auch in Fällen in denen dieselbe erforderlich ist. Wenn die Lohnverhältnisse bei unserer Firma so schlechte sind, wie man aus Ihrem Artikel folgern müßte, warum hat dann gerade Ihr Gewerkschaftsamt, nachdem er bereits längere Zeit bei uns tätig war, uns gebeten, auch seinen Vater einzustellen? Warum beschließen wir in der Hauptfrage unsere Monteur nicht zu unterstützen, Monteur, die mit unseren Arbeitsbedingungen zufrieden sind und zum Teil erhebliche Sparquatschen (aus Auftragsüberschüssen hervorgehend) durch uns angucken haben? Es gibt allerdings auch unter unseren Monteur Leute, die, wenn sie in größerer Zahl mitarbeiten, ihren Kollegen gegenüber nicht sagen, sie wollen ihren Familien sorgen, daß kein Auftragsrückstand erzielt wird, sondern sie es fertig bringen, Arbeitsstunden bis zu zwölf Stunden pro Tag zu schreiben, für Tage, an denen sie gar nicht auf der Baustelle sind, sondern fern von dieser in ihrer Wohnung nach erfolgter Entlohnung überflüssige Lohnverhältnisse der Wohnung Ihres Gewerkschaftsmannes, nach Einlieferung der Lohnrechnung von 80 % auf 90 % zu verlohnen von 80 % entspricht die Erhöhung des Stundenlohn um so mehr, als auch der Betrag der Auftragsüberschüsse hierauf selbstverständlich verteilt genommen wird.

Die Stelle in Ihrem Artikel: „Unser glorreiches Kriegsgewerkschaftsamt für unzufriedene Arbeiter der Duropatlententlohnwerke“ ist berichtigend, daß uns in der letzten Zeit des Krieges das Wort fehlt, das die richtige Antwort auf eine derartige Unterstellung wäre. Es ist selbstverständlich, daß wir niemals aus nur den geringsten Grund auf reklamierte Leute unserer Firma ausgetrieben haben, niemals sind sie anders behandelt worden als nicht reklamierte Leute. Gewerkschaftsamt ist es allerdings, daß reklamierte Leute nach Beendigung der Arbeit, für die sie reklamiert wurden, der Militärbehörde nachhaft gemacht werden; denn dies entspricht den Vorschriften der Militärbehörde. Auf alle geringfügigen Einzelheiten Ihres Artikels wollen wir, obwohl auch diese fast durchgängig unrichtig sind, nicht näher eingehen. Weiter das uns bis jetzt unbekanntes Gerücht stammen soll, daß unsere Firma 80 % Lohnzuschlag zahlen müsse, wissen wir nicht. Es kann sich hierbei auch nur um einen schlechten Scherz handeln. Eine Preisermäßigung können wir mit diesem angeblichen Gerücht schon darum nicht begründen, da bei einer von den wenigen Firmen sind, die bis heute noch ihre vor Kriegsausbruch bestehenden allgemeinen Preise nicht erhöht haben. Wir erwarten, daß Sie unsere Berichtigung auch diesmal in die nächste Nummer Ihres Blattes aufnehmen und uns ein Belegexemplar zugehen lassen; andernfalls wir uns weitere Schritte insbesondere auf Grund des Preisgesetzes vorbehalten müssen.“

In unsern Artikel in der Nr. 1 des „Grundstein“ schreiben wir, daß uns aus kollegialen Überlegenheiten zur Berichtigung gestellt worden seien, aus denen wir den Beweis schöpfen, daß unsere Angaben in der Nr. 40 des „Grundstein“, Jahrgang 1915, im allgemeinen richtig waren. Dabei haben wir nicht an jene Schreiben, die uns ehemalige Duropatlententlohnwerke aus dem Jahre 1915, sondern an jene Dokumente, die aus dem Standort der Firma stammen und die uns nach dieser neuesten Berichtigung der Firma den Beweis liefern, daß entweder in der Geschäftsabrechnung der Firma die größte Unordnung herrscht oder daß sie Dinge berichten, die nicht zu bekräftigen sind. In ihrer Berichtigung schreibt die Firma, daß sie für Antizität und Entlohnungsleistungen freiwillig Beiträge in angemessener Höhe zahlen. In ihren Bestimmungen für Duropatlententlohnwerke heißt es dagegen: „Bei Antizität und Entlohnungsleistungen zahlen wir unseren Monteur ohne Rücksicht auf die Höhe der Beiträge drei Monate und für den Gewerkschaftsbeitrag einen Monat. Die Beiträge für die Duropatlententlohnwerke sind die Lohnbeiträge“ oder in der Berichtigung? Weiter erklärt die Firma in ihrer Berichtigung: „Für Gepädransport auf der Bahn zahlen wir M 2, das heißt den Höchstlohn für 20 kg Gepädransport innerhalb ganz Deutschlands, außerdem extra den Transport von der Bahn zur Baustelle beziehungsweise Wohnung für 1,20 bis M 1,80 pro Quadratmeter Duropatlententlohnwerk ist und Umfang der betreffenden Aufträge ist verschiedenartig.“ Wenn die Firma in jedem Fall M 2 zahlen. In den Bestimmungen der Firma heißt es weiterhin: „Wir zahlen ... ferner die Kosten für den Gepädransport, letztere jedoch nur bis zu einem Höchstbetrage von M 2 für jeden Fall.“ Aus diesem Satz geht hervor, daß die Firma weit in der meisten Fällen in dem Gewerkschaftsamt zahlen, daß die Firma in jedem Fall M 2 zahlen. Wir haben eine Anzahl Einzelverträge der Firma vor uns liegen, in denen der höchste Auftragslohn M 1,40 beträgt. Wohl geht aus dem Briefwechsel hervor, daß unser Beispiel in einem anderen Monteur M 2 für M 1,20 und zum besten, die Firma zahlte ihnen jedoch nur M 1,20 und zum Schluß schloß den Monteur zur Zahlung des 90 % Stundenlohnes circa M 350 an der Auftragsnummer.

Die Duropatlententlohnwerke nennen es eine Entlohnung der Monteur, wenn behauptet wird, es sei ihrer Höchstleistung zu entsprechen, daß sie allgemeinen zehn Stunden gearbeitet und zwölf Stunden schlafen würden. Und daß schließlich diese Überforderung die Minderleistung unserer Berichtigung durch folgenden Satz: „Es gibt ... ferner Leute, die es fertig bringen, Arbeitsstunden, bis zu zwölf Stunden pro Tag, zu schreiben, für Tage, an denen sie gar nicht auf der Baustelle sind, sondern fern von dieser in ihrer Wohnung nach erfolgter Entlohnung überflüssige Lohnverhältnisse der Wohnung Ihres Gewerkschaftsmannes, nach Einlieferung der Lohnrechnung von 80 % auf 90 % zu verlohnen von 80 % entspricht die Erhöhung des Stundenlohn um so mehr, als auch der Betrag der Auftragsüberschüsse hierauf selbstverständlich verteilt genommen wird.“

Die Stelle in Ihrem Artikel: „Unser glorreiches Kriegsgewerkschaftsamt für unzufriedene Arbeiter der Duropatlententlohnwerke“ ist berichtigend, daß uns in der letzten Zeit des Krieges das Wort fehlt, das die richtige Antwort auf eine derartige Unterstellung wäre. Es ist selbstverständlich, daß wir niemals aus nur den geringsten Grund auf reklamierte Leute unserer Firma ausgetrieben haben, niemals sind sie anders behandelt worden als nicht reklamierte Leute. Gewerkschaftsamt ist es allerdings, daß reklamierte Leute nach Beendigung der Arbeit, für die sie reklamiert wurden, der Militärbehörde nachhaft gemacht werden; denn dies entspricht den Vorschriften der Militärbehörde. Auf alle geringfügigen Einzelheiten Ihres Artikels wollen wir, obwohl auch diese fast durchgängig unrichtig sind, nicht näher eingehen. Weiter das uns bis jetzt unbekanntes Gerücht stammen soll, daß unsere Firma 80 % Lohnzuschlag zahlen müsse, wissen wir nicht. Es kann sich hierbei auch nur um einen schlechten Scherz handeln. Eine Preisermäßigung können wir mit diesem angeblichen Gerücht schon darum nicht begründen, da bei einer von den wenigen Firmen sind, die bis heute noch ihre vor Kriegsausbruch bestehenden allgemeinen Preise nicht erhöht haben. Wir erwarten, daß Sie unsere Berichtigung auch diesmal in die nächste Nummer Ihres Blattes aufnehmen und uns ein Belegexemplar zugehen lassen; andernfalls wir uns weitere Schritte insbesondere auf Grund des Preisgesetzes vorbehalten müssen.“

Vom Bau.

Unfälle. Ein schrecklicher Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am 27. Januar in W 8 118 bei dem Bau einer neuen Straße. Der Arbeiter Krausmann wurde bei den Schweißarbeiten von zusammenfallenden Erde und Zementmassen verdrückt und konnte nur als Leiche geborgen werden. Das Unglück hätte vermieden werden können, wenn vorrichtig gehandelt worden wäre. Die Bauarbeiten werden von dem hiesigen Baumeister Hiller ausgeführt.

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaus hat die Generalversammlung der Gewerkschaften Teufelshaus am 14. Januar eine Besondere Kommission ernannt, die nachstehende Eingabe gerichtet:

Im das Haus der Abgeordneten!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gefaltet sich die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die vorläufige Gestaltung der Wohnungsreform...

Reichs auch immer der Aufgabe des Krieges sein mag, soviel steht fest, daß der Wohnungsmangel ein besonders in den Industriezentren die Wohnungsmittel ungenügend umfassen wird...

Unterliegen der heimkehrenden Krieger zur Wahrung ihrer während des Krieges entstandenen Mietschulden. Die meisten von ihnen werden auf Jahre hinaus von dieser Last befreit werden...

Unterliegen der heimkehrenden Krieger zur Wahrung ihrer während des Krieges entstandenen Mietschulden. Die meisten von ihnen werden auf Jahre hinaus von dieser Last befreit werden...

Endlich halten wir es für notwendig, daß die gesetzgebenden Faktoren mit allen Mitteln die Schaffung von städtischen Wohnzweckbauten für zwei- bis dreifamiliengehäuser fördern...

Unter Zurückdrängung unserer sonstigen weitergehenden Forderungen auf dem Gebiete der Wohnungsgebung beschränken wir uns auf diese Punkte, die uns am dringendsten und notwendigsten erscheinen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Regien.

Aus den Vaugenoffenheiten. Der Verband völkischer Vaugenoffenheiten hielt am 12. Dezember in Wiesfeld seinen 13. Verbandstag ab. Die Zahl der am Besuche anwesenden Bauvereine...

Siedlungsreform" eingehend befaßt. Die Reichsregierung befaßt die Wünsche hinsichtlich der Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit durch öffentlich-rechtliche Verbände während der Kriegszeit...

Österreichische Bauprojekte. Der preussische Hausbauplan für das laufende Jahr sieht auch recht beachtenswerte Ausgaben für staatliche Bauwerke in Österreich vor.

Österreichische Bauprojekte. Der preussische Hausbauplan für das laufende Jahr sieht auch recht beachtenswerte Ausgaben für staatliche Bauwerke in Österreich vor. Es werden gefordert: für den Neubau des Landes- und Amtsgerichts Königsberg M. 376 800...

Hypothekendarlehen im Jahre 1915. Die Hypothekendarlehen im Jahre 1915 hat vor kurzem ihren Bericht über das letzte Geschäftsjahr herausgegeben...

Hypothekendarlehen im Jahre 1915. Die Hypothekendarlehen im Jahre 1915 hat vor kurzem ihren Bericht über das letzte Geschäftsjahr herausgegeben, weil er uns ein Bild von der Entwicklung des Hypotheken- und Pfandbriefgeschäftes im Kriegsjahr 1915 gibt...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist im Vergleich mit dem Jahre 1914 im wesentlichen eine Fortsetzung der im Jahre 1914 eingetretenen Entwicklung...



